*taz.die tageszeitung

taz.die tageszeitung vom 11.11.2021, Seite 21 / Berlin Aktuell

"Wir brauchen radikale Maßnahmen"

Wie soll die Hauptstadt in nur acht Jahren fossilfrei werden? Klimaexperte Volker Quaschning, der das Volksbegehren "Berlin 2030 Klimaneutral" unterstützt, erklärt es - und kritisiert die bisherigen Maßnahmen der rot-rot-grünen Koalition als "Armutszeugnis"

Interview Claudius Prößertaz: Herr Quaschning, die Weltgemeinschaft, die gerade auf der COP26 in Glasgow tagt, hat sich 2015 mit Ach und Krach auf eine Begrenzung des mittleren globalen Temperaturanstiegs um 2 Grad verständigt ?Volker Quaschning: Da muss ich gleich widersprechen: "Deutlich unter 2 Grad" lautet die Vereinbarung. 2 Grad wären schon ein deutliches Verfehlen des Pariser Abkommens.

Sie haben recht. Hinzu kommt die Aussage, man wolle sich anstrengen, eine Begrenzung auf 1,5 Grad zu erreichen. Nun sagt die Klimabewegung: Diese 1,5 Grad sind nur drin, wenn wir in Deutschland Klimaneutralität deutlich vor 2045 erreichen. Aber muss man nicht ehrlicherweise zugeben, dass es global nichts mehr wird mit den 1,5 Grad?

Das würde ich so nicht sagen. Der Weltklimarat gibt die Menge an CO₂ vor, die wir weltweit noch ausstoßen dürfen, um 1,5 oder 1,7 Grad mittleren Temperaturanstiegs zu erreichen. Das ist wissenschaftlich geklärt. Die Frage ist: Wie verteilen wir dieses Restbudget?

Und?

Der Ansatz des Sachverständigenrats für Umweltfragen ist, dieses Budget pro Kopf auf der Welt zu verteilen. Dann kommt man schnell zu dem Schluss, dass das deutsche Budget für 1,5 Grad, selbst wenn wir uns anstrengen, wahrscheinlich um 2030 erschöpft ist. Wenn wir 1,7 Grad erreichen wollten, was also gerade noch ein Einhalten des Abkommens wäre, kommen wir auf 2035. Tatsächlich benennen alle relevanten Parteien in Deutschland den 1,5-Grad-Pfad als Ziel. Was 2045 in diesem Zusammenhang bedeuten soll, weiß ich nicht. Das ist nicht wissenschaftlich begründet, sondern relativ willkürlich gewählt.

Trotzdem: Global deutet wenig auf ein Einhalten des 1,5-Ziels hin.

Schauen wir doch mal. Bei der COP gab es jetzt zum Beispiel die Zusage Indiens, bis 2070 klimaneutral zu werden. Da sagt man aus deutscher Sicht schnell: Wir sind ja viel besser als Indien, und so wird das nie was. Das halte ich für eine sehr schale Ausrede. Unsere Rechnung ist eine andere: Der indische Pro-Kopf-Ausstoß beträgt weniger als ein Viertel des deutschen. Auf dieser Basis hat Indien im Grunde viermal so viel Zeit, Klimaneutralität zu erreichen, weil sie von einem viel niedrigeren Level starten - theoretisch sogar bis 2090 oder 2100. Mit seiner jüngsten Ankündigung würde Indien das Pariser Abkommen einhalten, Deutschland nicht.

Kommen wir zu Berlin, das die AktivistInnen des Volksbegehrens bis 2030 klimaneutral machen wollen - Sie gehören zu den offiziellen Vertrauenspersonen. Regine Günther, die amtierende grüne Klimaschutzsenatorin, hat gesagt, ihr habe noch niemand stichhaltig erläutern können, wie man Klimaneutralität vor den 2040ern erreichen kann.

Die Frage ist einfach, welche Maßnahmen man für realistisch erachtet. Wenn eine Regierung nur ein paar Radwege auf die Straße pinselt und das für Klimaschutzpolitik hält, werden wir es auch bis in die 2040er Jahre nicht schaffen. Ja, wir brauchen sehr ambitionierte und radikale Maßnahmen, das muss man ganz klar sagen. Wir müssen weg vom Verbrennungsmotor, weg von der Öl- oder Gasheizung; wir müssen schauen, dass wir die erneuerbaren Energien mit einem viel höheren Tempo ausbauen. Und in den letzten Jahren haben wir keine Maßnahmen der Berliner Politik gesehen, die nur ansatzweise ausgereicht hätten, um in diese Richtung zu kommen. Gerade für eine rot-rot-grüne Regierung ist das ein Armutszeugnis. Ob man es am Ende schafft, ist eine andere Frage. Aber ich kann hier keinen schlüssigen Versuch erkennen, überhaupt das Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten.

Frau Günther fragte ironisch: "Warum nicht gleich 2024? Das wäre doch noch besser." Das frage ich Sie jetzt.

Na ja, das ist reine Polemik, und es regt mich wirklich ein bisschen auf. 2030 ist wissenschaftlich begründet, weil wir dieses Jahr für das 1,5-Grad-Ziel brauchen. Die Grünen haben in ihr Wahlprogramm für den Bundestag geschrieben, dass sie zu diesem Ziel stehen. Das heißt im Umkehrschluss aber auch, dass etwas dafür getan werden muss! Wenn Grüne in diesem Zusammenhang von den 2040er Jahren reden, ist das Unsinn, Fake News. Da müssen sie dann so ehrlich sein und sagen: Okay, Deutschland hat den 1,5-Grad-Pfad eh schon verbaselt, und wir werden mit unserer Politik auch die 1,7 Grad nicht erreichen. Wir fokussieren uns darauf, auf einen Pfad für etwa 2 Grad zu kommen, auch wenn wir damit das Pariser Klimaschutzabkommen nicht mehr einhalten. Wenn wir so eine ehrliche Aussage von den Grünen kriegen, können wir uns auf dieser Basis auch wieder unterhalten. Sonst sehe ich da eher Falschaussagen und leere Versprechungen.

Die Tücken bei der Umsetzung des 2030-Ziels wären zahlreich. Beispiel Wärmeversorgung, die heute rund die Hälfte von Berlins CO-Emissionen verursacht. Das Energiewendegesetz sieht bislang vor, dass Fernwärme bis 2030 zu 40 Prozent fossilfrei erzeugt werden soll. Weil gleichzeitig die Kohleverbrennung 2030 enden soll, würde beim Rest wohl erst mal auf Erdgas umgestellt. Sie sagen: Das muss gleich ganz fossilfrei gehen.

Natürlich. Kohle durch Gas zu ersetzen ist, wie Pest durch Cholera zu ersetzen.

Das ist ein harter Vergleich!

Der CO₂-Rückgang beim Gas ist so klein, dass uns das Budget in Kürze schon wieder aus dem Ruder liefe. Wir würden einen Riesenaufwand betreiben, der uns vielleicht drei Jahre lang hilft, die Klimaschutzziele zu erreichen. Deshalb müssen wir diesen Schritt überspringen und gleich voll auf ErneuerbareEnergien setzen.

In jedem Fall reden wir von riesigen Investitionen, zumal die Fernwärmequote von 32 auf 44 Prozent gesteigert werden soll. Dafür müssen ganze Straßenzüge aufgerissen werden.

Die Frage ist immer wieder: Welche Bedeutung messen wir dem Klimaschutz bei? Schauen Sie sich an, welche finanziellen Aufwendungen in der Coronakrise quasi über Nacht freigemacht wurden. Im Vergleich zur Klimakrise war Corona Kindergarten.

Die Bekämpfung der Klimakrise ist viel teurer.

Dann sehen Sie sich die Folgen einer ungebremsten Klimakrise an - also was in 20, 30 Jahren auf uns zurollen würde, wenn wir weitermachen wie bisher. Die Kosten, die es verursacht, diese Folgen noch irgendwie in den Griff zu bekommen, fallen viel höher aus! Was machen wir denn, wenn die Trinkwasserversorgung zusammenbricht? Dagegen ist das Aufgraben von Straßen doch ein überschaubares Problem. Diese Dramatik muss man sich immer wieder vor Augen halten.

Viele Technologien, die von AktivistInnen vorgeschlagen werden und zum Teil auch in der "Wärmestrategie" des Senats auftauchen, sind noch gar nicht ausgereift. Etwa die Rückgewinnung von Wärme aus häuslichem Abwasser.

Ich gehe davon aus, dass wir nicht mehr das technisch und ökonomisch Optimale umsetzen können - weil uns einfach die Zeit ausgeht. Das perfekte System hätten wir vor 30, 40 Jahren einleiten müssen. Wir müssen alles unter dem Gesichtspunkt der Machbarkeit betrachten, auch wenn es teurer wird und effizienter sein könnte. Es muss halt funktionieren.

Der größere Teil der Berliner Haushalte, gerade am Stadtrand, wird auch künftig nicht am Fernwärmenetz hängen. Da haben wir das Problem, dass EigentümerInnen nicht einfach gezwungen werden können, ihre Öl- oder Gasheizungen abzuschaffen. In der Wärmestrategie ist deshalb von einer "Beratungsoffensive" die Rede.

Also, "Beratungsoffensive", ? das ist so, wie zu sagen: "Wir stecken jetzt mal Geld in Forschung." Das kommt, wenn ich keine politische Idee mehr habe. Natürlich brauchen wir auf Bundesebene ein schnellstmögliches Verbot des Einbaus fossil betriebener Heizungen, anders wird es nicht gehen. Über Beratung und auch über die Preise bekommen wir das nicht hin. Die Preise werden nur langsam steigen, weshalb noch lange viele Haushalte die falschen Systeme einbauen werden.

Und dann?

Können Sie die neue Gasheizung nach fünf Jahren wieder rausreißen, was natürlich Unsinn ist - oder Sie fangen an, sie mit grünem Wasserstoff zu befeuern. Da liegen wir aber bei den Kosten locker um den Faktor 2 über den heutigen Preisen für Öl und Gas, und ich will sehen, wie die Politik das verkaufen will. Wir müssen also alle Altlasten vermeiden und verhindern, dass weiter Öl- und Gasheizungen eingebaut werden. Wo saniert wird, müssen Wärmepumpen installiert werden.

Aber die Gasheizungen, die jetzt gerade eingebaut werden, laufen ja in acht Jahren noch.

Die laufen wahrscheinlich auch 2045 noch, die machen auf alle Fälle ein Problem, auch für das deutsche Klimaschutzgesetz. Deshalb ist es so wichtig aufzuhören, weiter Altlasten zu schaffen. Im zweiten Schritt müssen wir uns darüber Gedanken machen, wie wir diese Heizungen rausbekommen. Und da ist der limitierende Faktor gar nicht die Technik oder das Geld, sondern das qualifizierte Personal. Wir haben gar nicht genug Menschen im Handwerk, um alle Heizungen auszutauschen. Deshalb brauchen wir jetzt eigentlich keine Aufklärungs-, sondern eine Ausbildungsoffensive. Wenn diese Voraussetzungen einmal geschaffen sind, müssen wir den Austausch entweder vorschreiben oder zur Not mit viel, viel Geld bezuschussen.

Das Problem ist beim Strom ähnlich: Das Berliner Solargesetz schreibt demnächst vor, dass auf Neubauten und bei Dachsanierungen Photovoltaikanlagen errichtet werden müssen. Das ließe sich eventuell verschärfen, sodass auch im Bestand noch mehr passiert. Dann wird es aber auch eng: Erstens fehlt hier ebenfalls das Personal, zweitens macht es wenig Sinn, Anlagen auf marode Dächer zu bauen - viele müsste man erst renovieren.

Natürlich wäre es am schönsten, wir hätten Anlagen auf jedem Dach und an jeder Fassade und Berlin könnte sich zu 50 Prozent selbst versorgen. Aber auch da werden wir nicht mehr die optimalen Lösungen bekommen. Wir haben einmal berechnet, dass wir schon beim Ziel der Klimaneutralität bis 2035 bundesweit rund 200.000 Arbeitsplätze in der

Photovoltaikbranche schaffen müssen. Für die Installation auf Freiflächen brauchen Sie aber nur ein Drittel des Personals, und es geht schneller. Das heißt, wir müssen Berlin und Brandenburg als Einheit denken und Anlagen vor den Toren Berlins aufstellen.

Damit macht man sich nicht unbedingt Freunde.

Ich bin eigentlich auch kein Fan davon, weil wir ein Akzeptanzproblem wie bei der Windenergie bekommen. Aber Berlin wird eben einen entsprechenden Ausgleich zahlen müssen, und natürlich muss man trotzdem schauen, dass man so viel wie möglich auf die Dächer bekommt. Abgesehen davon schießt in Berlin gefühlt jede Woche ein neuer Discounter aus dem Boden. Da muss man dafür sorgen, dass deren Parkplätze mit Solaranlagen überbaut werden. Das kann man auch gleich mit Ladesäulen verbinden.

Was uns zum Thema Verkehr bringt: Viele KlimaaktivistInnen fordern, Berlin weitgehend autofrei zu machen. Wäre das nicht im Sinne des 1,5-Grad-Pfads? Und würde man es nicht mit dem Aufbau einer Lade-Infrastruktur konterkarieren?

Wir haben in Deutschland heute 48 Millionen Autos auf 83 Millionen Menschen - eine Dichte, die weltweit schon wegen der Rohstoffproblematik niemals möglich wäre. Das ist kein zukunftsfähiges Modell, also müssen wir die Anzahl der Autos deutlich reduzieren, um auf ein für die Welt verträgliches Maß zu kommen.

Aber um wie viel?

Null Autos werden es nicht sein, aber für die kommenden 20 Jahre wäre die Hälfte eine ganz gute Zielmarke. Anderswo gibt es längst gute Beispiele, wie das funktionieren kann: In Kopenhagen wird der Parkraum schon lange um ein Prozent pro Jahr reduziert. Damit weiß ich: Nach 30 Jahren habe ich 30 Prozent weniger Autos, weil es für den Rest einfach keine Stellfläche mehr gibt. Das ist ein funktionierendes Konzept, das man nach Berlin übertragen könnte - vielleicht müsste es hier eine Reduktion von zwei statt einem Prozent sein. Oder wir schauen nach London, wo es mehr als 12 Euro kostet, mit dem Pkw in die Innenstadt zu fahren.

Also eine Citymaut, die ja auch bei Linken sehr unbeliebt ist - weil mutmaßlich unsozial.

Ja mei ? Wer sich ein Auto leisten kann, kann sich auch die Citymaut leisten, ein Auto ist ohnehin nicht wirtschaftlich. Ich habe auch eins, aber ich käme nie auf die Idee, damit in die Berliner Innenstadt zu fahren. Wer meint, er muss das, der muss dann halt dafür bezahlen. Wie gesagt: Auf null werden wir nicht herunterkommen.

Naiv gefragt: Wieso nicht?

Ich halte das für nicht durchsetzbar. Wir wissen ja, dass die Deutschen mit ihren Autos verheiratet sind. Und für diesen Rest brauchen wir dann die Lade-Infrastruktur, denn die verbleibenden Autos müssen emissionsfrei sein. Das bedeutet auch, dass ab 2030 gar keine Kfz mit Verbrennungsmotoren mehr in die Stadt einfahren dürfen.

Wir haben jetzt viel darüber geredet, was die Politik tun muss, damit wir unser CO-Budget nicht sprengen. Müsste die Klimabewegung nicht auch viel deutlichere Appelle an die Gesellschaft richten? Wenn wir unsere Konsumgewohnheiten veränderten, ließen sich doch umgehend beträchtliche Mengen CO vermeiden.₂₂

Ich hole mir regelmäßig eine blutige Nase in den sozialen Netzwerken, wenn ich sage: Leute, ihr müsst auch mal selber aus dem Quark kommen. Ich selbst habe eine große Solaranlage, beziehe klimaneutralen Strom, mein Haus wird klimaneutral beheizt, ich habe ein Elektroauto und eine Monatskarte für den ÖPNV, ich lebe vegan und fliege nicht mehr. Was ich tun kann, tue ich, bei vielen in der Klimabewegung wird das auch so sein. Ich weiß allerdings auch aus 30 Jahren Erfahrung, dass es so einfach nicht ist. Ich appelliere viel, und als ich meine Solaranlage gebaut habe, sind Nachbarn dem Beispiel gefolgt. Aber viele andere eben nicht. Ich kann mich also hinstellen wie die Zeugen Jehovas und versuchen, die Leute zu bekehren - aber wenn sie es nicht wollen, muss es der Gesetzgeber tun.

Ein Zeitsprung um 15 Jahre

Das Ziel"Im Land Berlin soll die Gesamtsumme der Kohlendioxidemissionen ... bis zum Jahr 2045 um mindestens 95 Prozent im Vergleich zu der Gesamtsumme der CO₂-Emissionen des Jahres 1990 verringert werden." So steht es seit der jüngsten Novelle von R2G im Berliner Energiewendegesetz. Das Ziel entspricht dem deutschen Klimaschutzgesetz, seit die Bundesregierung es im Frühjahr aufgrund eines Verfassungsgerichtsurteils verschärfte.

Die Initiative Das Volksbegehren "Berlin 2030 klimaneutral" hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der dieses Ziel um 15 Jahre vorverlegt. 39.116 Unterschriften - fast doppelt so viele wie nötig - übergab die Initiative im Oktober dem Senat. Sollte es zum Volksentscheid kommen, dürfte das erst 2023 der Fall sein. Volker Quaschning ist einer der fünf Vertrauenspersonen der Initiative, die unter anderem Rederecht vor Ausschüssen haben. *(clp)*

Volker Quaschning

ist einer der profiliertesten deutschen Klimawissenschaftler. Der 52-Jährige ist Professor für das Fachgebiet Regenerative Energiesysteme an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Berlin und Mitinitiator von "Scientists for Future".



privat



Kann Berlin noch beim Klimaziel 1,5 Grad landen? Der wolkige Himmel über Berlin, nur durchbrochen vom Fernsehturm imago

Claudius Prößer

Quelle: taz.die tageszeitung vom 11.11.2021, Seite 21

Dokumentnummer: T20211111.5813510

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ 7d84add1b95536e009bee02ee625425aac176033

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH